

## Frauenbeitrag

### Handlungsbedarf bei ärztlicher Versorgung

**Für Frauen mit Behinderung ist der Arztbesuch oft ein Schreckensszenario – nicht nur die Suche nach der geeigneten Gynäkologin und dem Gynäkologen, sondern vermehrt auch der Arzttermin an sich. Dieser bringt viel Stress mit sich, nicht nur für die Patientin, sondern auch für das Ärzteteam: Die Behandlung ist zeitaufwendiger, sie erfordert behinderungsspezifisches Fachwissen, andere Patientinnen und Patienten müssen länger warten.**

Dabei hätte sich mit der UN-Behindertenrechtskonvention die Situation ändern müssen. Doch die Realität sieht anders aus. Schuld sind nicht nur räumliche Barrieren und die leidige Geldfrage, sondern vielfach auch die Barrieren in den Köpfen.

In Deutschland leben über 3,5 Millionen schwerbehinderte Frauen, zwei Drittel von ihnen mit körperlichen Einschränkungen. Jedoch gynäkologische Spezialambulanzen, in denen Frauen mit Querschnittslähmung, Spastik, Multipler Sklerose und ähnlichen Handicaps Hilfe erhalten, gibt es bundesweit nur eine Handvoll. Genauso verhält es sich mit Vorsorgeuntersuchungen und Beratungen zu Verhütungsfragen und Kinderwunsch. Dieser Zustand ist unhaltbar und kann fatale Konsequenzen für die gesundheitliche Versorgung haben.

Es muss dringend etwas getan werden. Wir SoVD-Frauen in Niedersachsen sind aktiv geworden. Wir haben Gespräche mit betroffenen Frauen geführt, mit der Politik und mit Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens. Wir wollen, dass behinderte Frauen den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung haben wie nicht behinderte. Der Zeitaufwand für die Behandlung von behinderten Menschen muss endlich angemessen vergütet und das medizinische Personal für die unterschiedlichen Behinderungen sowie für Kommunikationsprobleme qualifiziert werden. Auch ist die Neuzulassung von Arztpraxen von deren Barrierefreiheit abhängig zu machen, und Barrierefreiheit darf sich nicht auf Neu- und große Umbauten beschränken. Alle Akteurinnen und Akteure aus Politik und Gesundheit müssen in die Pflicht genommen werden.



**Roswitha Reiß**  
Mitglied im  
Bundesfrauenausschuss

SoVD nahm Stellung zu zwei Gesetzentwürfen

### Neuerungen in der GKV

**Die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steigen ständig; unter anderem durch den demografischen Wandel. Der Gesetzgeber will darum die Rahmenbedingungen ändern. Das Bundesgesundheitsministerium legte Entwürfe für zwei neue Gesetze vor.**

Das Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung sieht neue Regeln hier und bei der Patientenbeteiligung vor. Einige Ansätze begrüßt der SoVD, doch gehen sie ihm nicht weit genug. Er befürchtet mehr Ausgaben ohne Leistungsverbesserungen. Beim jetzigen Finanzierungsmodell führe das zu weiteren einseitigen Zusatzbeiträgen. Auch vermisst der SoVD die Verpflichtung von Heilmittelerbringern (Physio-, Ergotherapeuten usw.) zu Barrierefreiheit. Bei den Hilfsmitteln sei mehr Wahlmöglichkeit nötig. Beratung müsse sich am Bedarf statt am Angebot orientieren.

Enttäuscht ist der Verband vom Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung. Es falle zu einseitig zugunsten der pharmazeutischen Industrie aus. So würden etwa Preissteigerungen nicht genug begrenzt. *Die kompletten Stellungnahmen stehen auf der Internetseite [www.sovd.de](http://www.sovd.de) unter dem Menüpunkt „Informieren“.*

## Internet

### Vertretung der Patientensicht

Die Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) hat jetzt eine Internetseite: Unter [www.patientenvertretung.g-ba.de](http://www.patientenvertretung.g-ba.de) steht alles Wichtige über ihre Aufgaben, Anträge und Forderungen. Im Gesundheitsbereich ist der G-BA das Gremium mit der größten Macht; bis auf das Ministerium selbst. Er entscheidet, wofür in der gesetzlichen Krankenversicherung das Geld ausgegeben wird. Über den Deutschen Behindertenrat sendet auch der SoVD Patientenvertreter in den Ausschuss.

## Trauer um Lothar Dufke

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) trauert um Lothar Dufke, der nach schwerer Krankheit am 19. Juli 2016 verstorben ist. Mit Lothar Dufke verlieren wir einen engen Freund sowie einen unermüdlichen Streiter für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft.

Lothar Dufke hat sich über Jahrzehnte in vielen Funktionen auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene für den Sozialverband Deutschland mit großem Einsatz engagiert. Unter anderem war er vier Jahre lang Vizepräsident des SoVD-Bundes-



**Lothar Dufke**

verbandes sowie 15 Jahre lang Vorsitzender des Kreisverbandes Dithmarschen. Darüber hinaus gehörte er bis vor Kurzem dem Geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes

Schleswig-Holstein an. Sein fachkundiger Rat war auf allen Ebenen sehr gefragt. Der Sozialverband Deutschland ist ihm zu großem Dank verpflichtet.

Für sein außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement wurde er unter anderem mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Unser tief empfundenes Mitgefühl und unsere aufrichtige Anteilnahme gehören seiner Familie. Wir werden Lothar Dufke stets ein ehrendes Andenken bewahren.

## SoVD im Gespräch



Foto: Romeo Deischl

**Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, und SoVD-Präsident Adolf Bauer kamen bereits zum wiederholten Male zu einem Austausch zu sozialpolitischen Themen zusammen. Im Zentrum standen insbesondere aktuelle Fragen in der Rentenpolitik. Es besteht ein gegenseitiges Einverständnis, den sozialpolitisch wichtigen Dialog zeitnah fortzuführen.**

### Adolf Bauer bei Ministerin Andrea Nahles

Im Juli traf SoVD-Präsident Adolf Bauer die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, zu einem sozialpolitischen Gespräch in Berlin.

Neben dem Bundesteilhabegesetz standen Fragen der Rentenpolitik im Fokus des Austausches.

Erörtert wurden die Rentenangleichung Ost, die Anhebung des Rentenniveaus sowie Fragen der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Erörtert wurde darüber hinaus die besondere Problematik der Erwerbsminderungsrenten.

### Fachstelle Barrierefreiheit eröffnet

Der SoVD hat an der Eröffnung der Fachstelle Barrierefreiheit teilgenommen. Die Eröffnung erfolgte in Anwesenheit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles. Mit der Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes BGG wurde die rechtliche Grundlage für die Bundesfachstelle Barrierefreiheit geschaffen. Sie soll Behörden und Verwaltungen zur Umsetzung der Barrierefreiheit beraten und unterstützen. Die Fachstelle soll zentrale Anlaufstelle zur Barrierefreiheit werden. Zudem ist sie

angehalten, wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse zu sammeln, bündeln und entwickeln. Außerdem soll die Bundesfachstelle im Rahmen ihrer Kapazitäten auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu Fragen der Barrierefreiheit beraten. Damit solle ein Impuls für mehr Barrierefreiheit im privaten Sektor geben werden, betonte Ministerin Nahles.

Die Arbeit der Bundesfachstelle Barrierefreiheit wird begleitet von einem Expertenkreis, dem mehrheitlich Vertreterinnen und Vertreter der Verbände von Menschen mit Behinderungen angehören sollen. Die Fachstelle hat ihren Sitz in Berlin. *Informationen unter: [https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/DE/Home/home\\_node.html](https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/DE/Home/home_node.html).*